



„Deutschland muss seiner humanitären Verpflichtung gerecht werden, aber mit Verstand und Maß“, sagt Detlef Seif / dpa

## Migrationspolitik

# „Die Bundesregierung vernachlässigt unsere Sicherheitsinteressen“

Der CDU-Politiker Detlef Seif wirft der Ampel-Koalition vor, eine Migrationspolitik der offenen Grenzen zu betreiben – und dabei notwendige Sicherheits- und Kapazitätsabwägungen zu vernachlässigen. Deutschland müsse seiner humanitären Verpflichtung als auch seinen nationalen Interessen gerecht werden.

**INTERVIEW MIT DETLEF SEIF am 23. Februar 2023**

*Detlef Seif, 1962 in Euskirchen im Rheinland geboren, ist seit 1982 Mitglied der CDU. Seit 2009 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. Er gehört dem Ausschuss für Inneres an.*

**Herr Seif, vor zwei Wochen tagte der Europäische Rat zum Thema Migration in Brüssel. Sie sind zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuss – sind Sie zufrieden mit den Ergebnissen?**

Ja und nein. Es ist gut, dass Fortschritte erzielt wurden. Die meisten EU-Mitgliedstaaten haben erkannt, dass sich etwas ändern muss. Problematisch ist, dass Bundeskanzler Scholz und Bundesinnenministerin Faeser gegen den Strom geschwommen sind und blockiert haben. Das Ergebnis des Europäischen Rats zeigt weiterhin, dass die EU-Kommission selbst nicht mehr so richtig daran glaubt, dass die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) im Laufe der Wahlperiode noch zum Erfolg führt.

## Wie meinen Sie das?

Der Plan ist ja, dass spätestens bis Februar 2024 die Verhandlungen abgeschlossen werden, damit das neue GEAS bis zur nächsten Wahl des Europäischen Parlaments umgesetzt werden kann. Doch es gibt noch große Differenzen zwischen den EU-Ländern. In wichtigen Punkten stocken auch die Verhandlungen im Europäischen Parlament. Mein Eindruck ist, dass die Kommission den Stillstand überwinden und im Rahmen bereits jetzt vorhandener Möglichkeiten Nägel mit Köpfen machen will. Es werden richtigerweise die Kontrolle der Außengrenze und auch die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern in den Fokus genommen, da hier die meisten EU-Staaten einer Meinung sind. Zwei Pilotprojekte sollen schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden.

## Welche Projekte sind das?

Ein Projekt ist das Grenzverfahren, das meines Erachtens ein Kernstück der GEAS-Reform ist. Die Registrierung von Migranten, die Durchführung eines schnellen Asylverfahrens und gegebenenfalls die Rückführung – alles direkt an der EU-Außengrenze – stehen hier im Mittelpunkt. Wesentlich ist hierbei, dass Personen mit geringer Aussicht auf Schutz direkt an der Außengrenze herausgefiltert und von dort abgeschoben werden. Das ist dringend geboten, da ein Großteil der Asylantragstellenden in der EU keinen Schutzanspruch hat.



CDU-Politiker Detlef Seif / dpa

## Welches weitere Pilotprojekt will die EU-Kommission noch auf den Weg bringen?

Hierbei handelt es sich um die finanzielle Unterstützung von EU-Mitgliedstaaten beim Außengrenzschutz. Das ist notwendig, um die Migrationsströme besser steuern zu können. Wir, nicht kriminelle Schlepperbanden, müssen entscheiden können, wer zu uns kommt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat dabei keine gute Rolle gespielt, weil er sich grundsätzlich gegen Grenzzäune an der EU-Außengrenze ausspricht.

Grenzzäune sind nicht unanständig,

sondern notwendig, wenn es um die Eindämmung irregulärer Migration und die innere Sicherheit geht. Grenzzäune bedeuten auch nicht, dass Menschen, die einen Antrag auf internationalen Schutz stellen, abgewiesen werden. Vielmehr werden sie zu Grenzübergangsstationen kanalisiert, wo die Anträge gestellt werden können.

## Dass der Europäische Rat das alles aufgegriffen hat, klingt doch vielversprechend.

Ja, es handelt sich um wichtige Punkte. Noch besser als das Vorankommen in Einzelbereichen wäre die Umsetzung des gesamten GEAS-Pakets. Um der komplexen Problematik Herr zu werden, müssen alle Bereiche bedacht werden – Solidarität und Verantwortung, das gerade für Deutschland große Problem der Sekundärmigration, Außengrenzverfahren, Registrierung und Sicherheitsüberprüfung. Dass jetzt einzelne Prüfpunkte auf die Art und Weise aufgegriffen werden, legt den Schluss nahe, dass Kommission und Rat nicht mehr an die Umsetzung der GEAS-Vorschläge glauben.

## Sie sprachen von Differenzen unter den Ländern. Was meinen Sie damit?

Es gibt EU-Länder, die kein besonderes Interesse an einer erfolgreichen Reform haben, weil sie sich auf die aktuelle Lage eingestellt haben und sie entweder keine Asylsuchenden aufnehmen oder die meisten weiterwandern, insbesondere nach Deutschland. Italien und Griechenland haben die Sorge, dass sie nach einer GEAS-Reform stärker belastet werden, etwa wenn die EU-Mitgliedstaaten den geplanten Solidaritätsmechanismus nicht umsetzen. Diese Angst müssen wir ihnen nehmen. Aber auch das funktioniert nur, wenn wir die Migration stärker steuern, ordnen und begrenzen. Angesichts des wieder rasant gewachsenen Migrationsdrucks befinden wir uns in einer wichtigen Phase, in der das Asylsystem verstärkt europäisiert werden muss.

**Zumal der Migrationsdruck auf Italien und Griechenland ja mittelfristig nicht an Deutschland vorbeigeht. Die Menschen bleiben ja nicht alle dort.**

Ja, richtig. Es wird in diesem Rahmen kaum thematisiert, dass in Italien und Griechenland anerkannte Asylbewerber massenhaft nach Deutschland kommen und hier erneut Asyl beantragen. Das ist nur deshalb möglich, weil Verwaltungsgerichte in Deutschland urteilen, dass diese Länder keine menschenwürdigen Aufnahmebedingungen haben. Wir reden hier immerhin von geschätzt 60.000 Personen in den letzten beiden Jahren. Die Bundesregierung ist sehr zurückhaltend und nutzt nicht die diplomatischen und rechtlichen Möglichkeiten aus, damit dieser unhaltbare Zustand beendet wird. Dafür muss von Seiten der gesamten EU Druck auf die beiden Länder ausgeübt werden. Wenn es an den finanziellen Mitteln scheitert, sind die bestehenden Programme auszuweiten. Wenn alle Stricke reißen, muss die Bundesregierung die EU-Kommission auffordern, ein Vertragsverletzungsverfahren auf den Weg zu bringen oder gegebenenfalls die beiden Länder beim Europäischen Gerichtshof verklagen. Das alles tut sie aber nicht.

**Das könnte Sie auch interessieren:**

- *Rechtsbeugung im Auswärtigen Amt: Visa trotz gefälschten Passes – Der Fall Mohammad G. (Ulrich Thiele & Martin Damerow)*
- *Auswärtiges Amt kooperiert mit NGOs: Mission grenzenlos (Ulrich Thiele & Daniel Gräber)*
- *Interview mit Ruud Koopmans: „Das europäische Asylsystem ist unmoralisch“ (Volker Resing)*
- *Interview mit Kai Zwicker: „Das Asylsystem ist durchlöchert und funktioniert nicht mehr“ (Volker Resing)*
- *EU-Migrationsgipfel: Beschlüsse ohne Fahrplan (Thomas Jäger)*
- *Migrationspolitik der Europäischen Union: Im Zwiespalt vereint (Ben Krischke)*

**Sie warfen der Bundesregierung kürzlich in einer Pressemitteilung „Totalversagen“ in der Asyl- und Migrationspolitik vor. Was genau sind Ihre Kritikpunkte?**

Wir haben große Wanderungsbewegungen durch den Krieg in der Ukraine. Dazu kommt der massiv gestiegene Migrationsdruck aus vielen anderen Drittstaaten. Ich spreche mich ausdrücklich dafür aus, dass wir unserer humanitären Verpflichtung gerecht werden. Aber unsere Aufnahmekapazitäten sind schlicht begrenzt. Alle Ankommenden müssen versorgt werden, mit Wohnraum, Ärzten, Kinderbetreuung, Sprach- und Integrationskursen und anderem mehr. Die Ressourcen sind endlich.

Diese besondere Situation erfordert besondere Maßnahmen der Steuerung, Ordnung und Begrenzung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten. Selbstverständlich ist die Genfer Flüchtlingskonvention weiter anzuwenden. Deutschland könnte aber beispielsweise ein Moratorium bei den freiwilligen Aufnahmeprogramme umsetzen, bis sich die Migrationsströme wieder „normalisiert“ haben – was überlastete Kommunen parteiübergreifend bereits fordern. Bis heute gab es keinen Migrationsgipfel des Bundeskanzlers, wodurch die Probleme endlich richtig adressiert werden könnten. Aber die Bundesregierung geht auf das Drängen der Kommunen nicht ein. Im Gegenteil, sie ist bei der Aufnahme – siehe in Afghanistan – übermäßig großzügig. Noch viel schlimmer ist, dass die Bundesregierung genau in die entgegengesetzte Richtung arbeitet. Deren Vorhaben werden dafür sorgen, dass sich immer mehr Menschen nach Deutschland auf den Weg machen, da sie denken: In Deutschland kann ich ja bleiben, ob ich einen Schutzanspruch habe oder nicht.

### **Haben Sie ein Beispiel?**

Ein Beispiel ist die „Koalition der Aufnahmewilligen“ bereits aus dem letzten Jahr. Ein weiteres das bereits beschlossene, sogenannte Chancenaufenthaltsgesetz, wodurch Personen, die uns über Jahre getäuscht haben und ihre Identität nicht offenbarten, jetzt die Möglichkeit eines Aufenthalts haben. Die Krönung wird sein, wenn demnächst die eidesstattliche Versicherung des einzelnen Antragstellers ausreichen soll, um seine Identität zu belegen. Hier wird der Rechtsstaat mit Füßen getreten. Die im Koalitionsvertrag der Ampel vorgesehenen nationalen Regeln sind für mich ein „migrationspolitisches Gruselkabinett“.

**In der Cicero-Februarausgabe berichten wir, wie das Auswärtige Amt in enger Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Druck auf die Botschaften ausübt, um Prüfungsverfahren aus Afghanistan schnell und großzügig abzuschließen. Der Impuls dahinter ist wohl: Die Anträge stapeln sich, und die Lage in Afghanistan ist ja auch verheerend.**

Die Bundesregierung pflegt auch hier eine Migrationspolitik der offenen Grenzen. Ich habe keinen Zweifel, dass die Motivation dahinter eine aufrichtige, humanitäre ist. Aber das Tragische ist, dass hier ohne Maß und Verstand gehandelt wird und diese Art Politik nationale Interessen missachtet. Es geht nicht um das Interesse der Deutschen in dem Sinne, wie der rechte Rand die Migrationspolitik definiert. Es geht einfach darum, dass die Regierung eine Verantwortung für alle Menschen hat, die in Deutschland leben. Die Aufnahmekapazitäten sind zu berücksichtigen. Und die sind nun mal begrenzt. Aber der Widerstand, sich zur Kontrolle von Zuwanderung zu bekennen, ist allen voran bei den Grünen zu groß, um sich das einzugestehen. Und die FDP verbindet neuerdings alles, was mit Migration zusammenhängt, mit Fachkräften oder Arbeitskräften, was schlicht falsch und irreführend ist. Auch da vermisst man klare Bekenntnisse zur Ordnung, Steuerung, Begrenzung und inneren Sicherheit, was die FDP selbst in den letzten Jahren immer wieder gefordert hatte.

### **Die FDP setzt mit Joachim Stamp einen Rückführungsbeauftragten ein. Erhoffen Sie sich davon nichts?**

Grundsätzlich ist das positiv. Er muss jetzt liefern, und das wird schwer, womit wir bei einem weiteren Fehler der Bundesregierung sind. Olaf Scholz ist dagegen, dass Entwicklungshilfe, Wirtschaftshilfe und Visapolitik als Hebel eingesetzt werden. Wenn ein Land sich völkerrechtswidrig verhält und nicht bereit ist, die eigenen Staatsangehörigen zurückzunehmen, dann sollten wir politische Maßnahmen ergreifen. Ich sehe darin nichts Unanständiges – genauso wenig wie die anderen EU-Mitgliedstaaten beim Europäischen Rat. Natürlich sollten wir trotz des Themas der Rückführungen mit den betroffenen Drittstaaten gute Beziehungen aufbauen – indem man zum Beispiel Visa-Verfahren für Menschen, die als Fachkräfte benötigt werden, beschleunigt. Die Wartezeiten sind ja viel zu lang. Aber dafür müssten die Flaschenhalse in den Botschaften und Ausländerbehörden beseitigt werden.

**Momentan ist es so, dass die Botschaften unterbesetzt und überlastet sind, wogegen die Regierung nichts tut. Stattdessen übt das Auswärtige Amt Druck auf die Botschaften aus, damit sie Prüfungsverfahren schnell und unsauber abschließen. Wir haben kürzlich über den Fall Mohammad G. berichtet. Er hat in der Botschaft in Islamabad einen falschen Pass vorgelegt und sich mutmaßlich als jemand anderes ausgegeben. Das Auswärtige Amt hat seiner Auslandsvertretung die Weisung erteilt, den gefälschten Pass zu visieren. Die Botschaft hat sich geweigert. Sie haben dazu im Innenausschuss eine Anfrage an das Auswärtige Amt gestellt. Warum genau?**

Ich bin Jurist und ich freue mich immer, wenn der Rechtsstaat seine Rechtsvorschriften auch umsetzt. Ich war im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag Breitscheidplatz. Und die Art und Weise, wie das Auswärtige Amt im Fall Mohammad G. vorgeht, erinnert mich an das schlampige Verhalten einiger Behörden in den Jahren 2015 und 2016. Abgesehen davon, dass hinter diesem aktuellen Vorgehen anscheinend politischer Wille steht. Das kann dazu beitragen, dass Einzelfälle schnell zu einem hohen Sicherheitsrisiko werden. Denn wir wissen offensichtlich überhaupt nicht, wer Mohammad G. ist. Deshalb bin ich den Mitarbeitern der Auslandsvertretung dankbar, dass sie sich geweigert haben, das Visum auszustellen.

**Überforderung angesichts zahlreicher Visa-Anträge und Schlampigkeit sind das eine. Aber das Auswärtige Amt hat nach der Weigerung noch weiter Druck gemacht und fordert, dass Mohammad G. ein Passersatz ausgestellt wird. Das ist ja auch zeitintensiv und aufwendig. Was steckt dahinter?**

Man blendet alles aus, was mit Sicherheitsinteressen und anderen Interessen Deutschlands zu tun hat, einfach weil man eine Politik der offenen Türe umsetzen möchte. Im Bundestag höre ich in den Reden der Ampel immer nur von den Einzelschicksalen. Jedes Schicksal mag zutreffend geschildert sein. Aber Fakt ist auch, dass die Kommunen den Bundeskanzler und die Bundesinnenministerin aktuell geradezu anflehen, die Migration zu begrenzen, da die Aufnahmekapazitäten zu Ende gehen. Der Fall im Auswärtigen Amt, den Sie aufgedeckt haben, zeigt ja, dass alledem keine Beachtung geschenkt wird. Zusammenfassend kann man nur sagen: Es ist ein Skandal, was da passiert.

**Wie reagiert die Ampel auf das Thema Sicherheitspolitik im Innenausschuss? Es ist ja eins der Kernthemen dort.**

Wenn Vertreter der Bundesregierung zu Befragungen erscheinen, sind ihre Antworten oftmals ausweichend und abstrakt. Fragen werden regelmäßig schlicht nicht beantwortet oder mit Allgemeinsätzen wie „Wir sind in einem guten Austausch mit den zuständigen Behörden“ kommentiert. Angesichts der Ernsthaftigkeit der Situation ist das sehr frustrierend.

**Haben Sie ein konkretes Beispiel?**

Wir hatten bereits im März vergangenen Jahres angefragt, ob bei den großen Strömen aus der Ukraine denn irgendeine Art der Erfassung und Sicherheitsüberprüfung erfolgt. Die polnischen Grenzbehörden erfassten bereits zu diesem Zeitpunkt alle Personen, die aus der Ukraine eingereist sind. Hier hätte in Kooperation mit den polnischen Behörden die Möglichkeit für eine Vorprüfung bestanden, um die Migrationsströme besser erfassen und damit ordnen und steuern zu können. Die Bundesregierung ist, wenn überhaupt, hier nur als eine Art Reisebegleiter tätig geworden. Was mich daran wirklich ärgert, ist, dass wir in den Jahren 2015 und 2016 gesehen haben, wie wichtig Ordnung und Steuerung ist. Gerade die Kommunen, die sich am Ende um die Versorgung der Menschen kümmern, brauchen maximale Planungssicherheit. Diese Lehren scheint die aktuelle Bundesregierung aber vergessen zu haben – oder nicht beachten zu wollen.

Das Gespräch führte Ulrich Thiele.

## Mehr lesen über

[Migrationspolitik](#)[Sicherheit](#)[Asylrecht](#)[Grenzkontrolle](#)[Visum\(6969\)](#)[Abschiebung](#)[Ukraine-Krieg](#)[Diskutieren Sie mit ▾](#)

---

## INNENPOLITIK

---

„Die Bundesregierung vernachlässigt unsere Sicherheitsinteressen“

---

AfD-Stiftung muss staatliche Förderung erhalten

---

CDU triumphiert, SPD ganz knapp vor Grüne, FDP fliegt raus

## AUSSENPOLITIK

---

Und was, wenn die Ukraine verliert?

---

Visum trotz gefälschten Passes: Der Fall Mohammad G.

---

Geheimnisvolle Ballons